



**Gruppe der Bürgerbewegung pro Köln e.V.
im Rat der Stadt Köln**

Herrn Oberbürgermeister
Jürgen Roters

Telefon: 0221 / 221 – 9 15 12

Telefax: 0221 / 221 – 9 15 15

Eingang beim Amt des Oberbürgermeisters: 27.11.2014

AN/1706/2014

Antrag gem. § 3 der Geschäftsordnung des Rates

Gremium	Datum der Sitzung
Rat	16.12.2014

Reduzierung der Vorstandsgehälter städtischer bzw. stadtnaher Unternehmen

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

wir bitten Sie, folgenden Antrag auf die Tagesordnung der nächsten Ratssitzung zu nehmen:

Der Rat der Stadt Köln möge beschließen:

Der Rat weist die von ihm in die Aufsichts- und Kontrollgremien städtischer bzw. stadtnaher Unternehmen entsandten Ratsmitglieder an, in diesen Gremien auf eine Reduzierung überhöhter Vorstandsgehälter hinzuwirken. Hierzu sollen diese Unternehmen zuvor durch unabhängige, vom Bund der Steuerzahler empfohlene Sachverständige, eine markt- und leistungsgerechte Bezahlung ihrer Vorstände ermitteln lassen. Die dabei ermittelten überhöhten Vorstandsbezüge sollen danach – je nach den vertraglichen Möglichkeiten – abgebaut und spätestens bei neuen Vertragsabschlüssen auf ein markt- und leistungsgerechtes Niveau abgesenkt werden.

Begründung:

Auch das ARD-Magazin Monitor bestätigte vor kurzem, was PRO KÖLN schon seit Jahren kritisiert: Die städtischen und stadtnahen Unternehmen – besonders auch die in Köln – werden dazu missbraucht, "verdiente" Funktionäre der Altparteien mit traumhaften Gehältern in Vorstands- und Geschäftsführerposten zu belohnen. Auf Kosten der Allgemeinheit und fern jeglicher wirtschaftlicher Rechtfertigungsgründe.

So haben die Redakteure allein in Köln fünf kommunale Unternehmen aufgelistet, bei denen das durchschnittliche jährliche Gehalt von Vorstandsmitgliedern um bis zu 200.000 Euro höher liegt, als es gemäß Branche und Größe des Unternehmens angemessen wäre. Eine bundesweite Auflistung der genauen Rechercheergebnisse findet man auf der Internetseite des Magazins:

<http://www1.wdr.de/themen/monitor/betriebe100.html>

In Köln listet Monitor folgende Auffälligkeiten "großzügiger" Unternehmen auf, in denen zudem nach unserer Erfahrung die Posten allzu oft nach Parteibuch statt Qualifikation vergeben werden:

Unternehmen / Durchschnittliches jährliches Gehalt eines Vorstandsmitglieds /
Angemessenes Gehalt gemäß Branche und Größe

AWB-Abfallwirtschaftsbetriebe / 224.700 Euro / 175.500 Euro

GAG-Wohnungsgesellschaft / 278.176 Euro / 200.000 Euro

KVB-Verkehrsbetriebe / 383.775 Euro / 250.500 Euro

KölnMesse / 530.000 Euro / 324.000 Euro

RheinEnergie / 650.820 Euro / 512.000 Euro

Besonders in Köln wird also ganz groß abkassiert auf Kosten der Steuer- und
Gebührendzahler. Die Allgemeinheit darf zahlen, während die eigentlichen Kontrolleure in den
Aufsichtsräten ebenfalls einen guten Schnitt mit hohen Aufwandsentschädigungen und
Privilegien aller Art machen. Entsandt werden die meisten Aufsichtsratsmitglieder ebenfalls
wieder von den Altparteien, wobei im Regelfall aktive Ratspolitiker in den Genuss der
unverhältnismäßigen Alimentierung kommen. Ein perfektes System, das sozusagen läuft wie
geschmiert und abenteuerliche Personalentscheidungen wie die des ehemaligen CDU-
Vorsitzenden Reinartz hervor bringt, der es in einer rasanten Karriere vom Zugbegleiter zum
KVB-Vorstand brachte.

Dieses allgemein bekannten Klüngel-System auf Kosten der Steuer- und Gebührendzahler
muss endlich ein wirksamer Riegel vorgeschoben werden.

Gez. Judith Wolter